

Wien, 1. November 2018

Antrag an das Österreichische Wirtschaftsparlament, Sitzung am 29. November 2018

FACHKRÄFTEMANGEL IN ÖSTERREICH – Lösungsvorschläge durch Modernisierung der Berufsausbildung

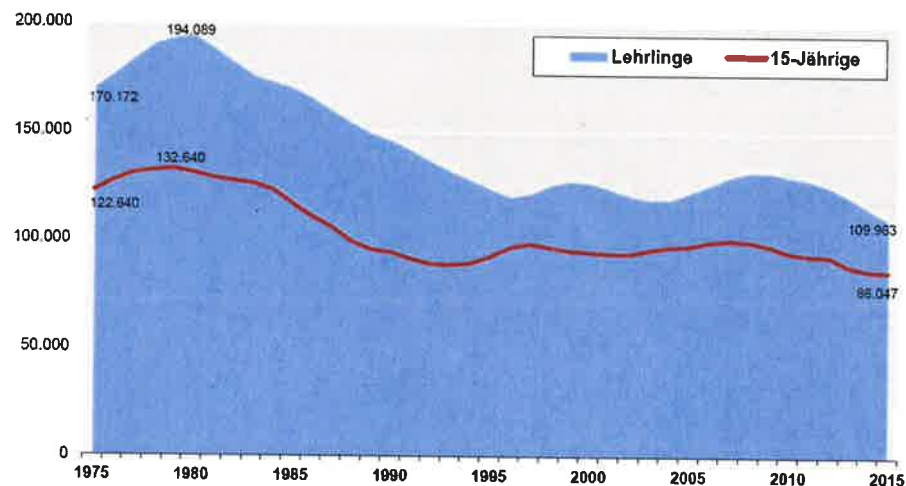
Der Fachkräftemangel in Österreich spitzt sich zu. Die Situation ist entstanden auf Grund demografischer Entwicklungen, Mängeln im Bildungs- und Berufsausbildungssystem, aber auch durch strukturelle Veränderungen in der Wirtschaftswelt.

Um die Situation in den Griff zu bekommen, braucht es daher neben einer Reform des Bildungssystems zur Verbesserung des allgemeinen Bildungsniveaus beim Lesen, Schreiben und Rechnen auch veränderte Rahmenbedingungen, in die die Berufsausbildung/Lehre eingebettet werden muss und eine Modernisierung der Berufsausbildung samt Adaptierung der Ausbildungsinhalte an die neuen Anforderungen durch die Digitalisierung.

Die Ausgangslage

Die Zahl der Jugendlichen, die eine Lehre machen, ist – trotz eines zuletzt geringfügigen Anstiegens der Anzahl der Lehrlinge - in Österreich sinkend. Dies ist vor allem auf die demografische Entwicklung zurückzuführen. Ende des Jahres 2016 waren österreichweit 106.950 Lehrlinge in Ausbildung, um rund 24.000 weniger als Ende 2009 (131.676). Analog dazu ist auch eine rückläufige Entwicklung bei der Anzahl der Lehrbetriebe zu beobachten. In den letzten Jahren waren es jährlich ca. 1500 Betriebe weniger, die Jugendliche ausgebildet haben. Gleichzeitig gibt es aber einen Fachkräftemangel.

GRAFIK 1:



Quelle: Wirtschaftskammer Österreich: Lehrlingsstatistik (Ende Dezember des jeweiligen Jahres) und Statistik Austria: 15-Jährige im Jahresdurchschnitt

Konzentration der Ausbildung in Großbetrieben

Die zunehmend werbe- und kostenintensive Lehrlingsrekrutierung führt zu einer Konzentration der BewerberInnen bei den Großbetrieben, weil kleinere Unternehmen sich den finanziellen Aufwand häufig nicht leisten können.

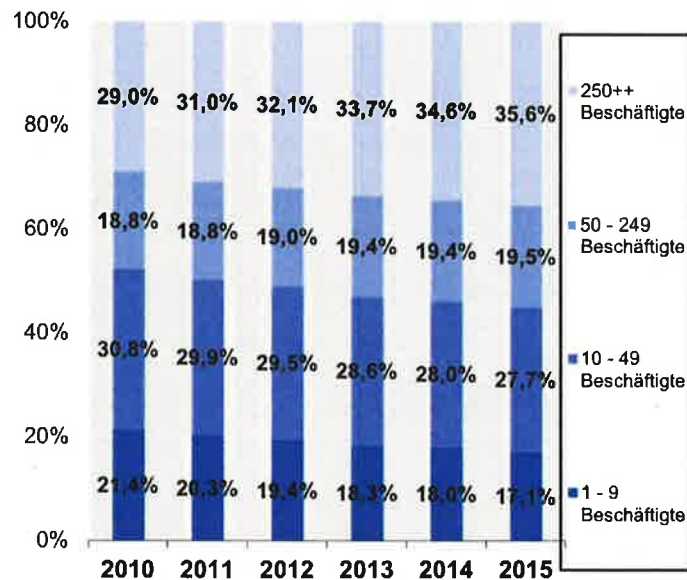
Außerdem können kleine Betriebe auf Grund von Spezialisierungen oft nicht das gesamte Berufsbild ausbilden. Damit müssen sie einen Ausbildungsverbund mit anderen bilden, der derzeit viele bürokratische Hürden beinhaltet.

Einpersonbetriebe bzw. Kleinstbetriebe können in der Regel kaum ausbilden, weil ihnen die finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen fehlen.

GRAFIK 3:

**Verteilung der Lehrlinge nach Lehrbetriebsgröße
(Beschäftigte)**

(Lehrbetriebsgröße auf Basis der Zahl der
unselbständig Beschäftigten)



Quelle: WKÖ (2010-2015): Lehrlingsquoten – Anteil der Lehrlinge an den unselbständig Beschäftigten. Wien.

+ ibw-Berechnungen

Die WESENTLICHEN ZIELE einer Reform der Berufsausbildung

- EPU und KMU sollen stärker an der Berufsausbildung teilnehmen können, damit mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen.
- Die Unternehmen sollen in Zukunft beim Rekrutieren in organisatorischen Belangen entlastet werden.
- Die Ausbildung im Verbund muss unkompliziert ermöglicht werden.
- Es braucht mehr Unterstützung bei Schwierigkeiten.
- Auf eine schwankende Auftragslage muss flexibler reagiert werden können.
- Die Finanzierung der Berufsausbildung muss auf neue Beine gestellt werden.
- Die Ausbildungsinhalte müssen an die Anforderungen der Digitalisierung angepasst werden.

Das Modell der Grünen Wirtschaft für die Berufsausbildung neu

1.) Verlängerung der Schulpflicht bis 16 Jahre

Betriebe beklagen immer wieder, dass Jugendliche im Alter von 15 Jahren häufig die Dimension der Entscheidung bei der Berufswahl nicht erkennen. Dies verursacht immer wieder den Abbruch einer Lehre wegen fehlender Motivation. Deshalb nehmen Unternehmen neben anderen Gründen verstärkt ältere Jugendliche (z.B. SchulabbrecherInnen aus AHS und BHS), die bereits älter sind oder sogar bereits Matura gemacht haben, auf. Eine längere Orientierungsphase vor der Berufs- bzw. Ausbildungswahl ist daher notwendig und muss in der Pflichtschule in allen Schultypen Platz finden. Dazu braucht es aber mehr Zeit während der Pflichtschuljahre, die außerdem zur besseren Festigung der Grundkompetenzen genützt werden soll.

2.) Regionale Ausbildungsplattform (RAP) als zentrale Drehscheibe und Kompetenzzentrum der Berufsausbildung

Die Berufsschule hat derzeit v.a. die Aufgabe die theoretischen Inhalte eines Berufsbildes zu vermitteln. Abgesehen davon, dass es auch hier eine Durchforstung der Curricula und Anpassung an die modernen Anforderungen der einzelnen Berufsbilder – Stichwort Digitalisierung - braucht, sollte die Regionale Ausbildungsplattform wesentlich umfangreichere Aufgaben bekommen. Neben der bisherigen Wissensvermittlung sollte die Regionale Ausbildungsplattform zur zentralen Drehscheibe aller Elemente der Berufsausbildung in einer Region werden. Dies beinhaltet folgende Aufgaben:

- Die Organisation und das Anbieten der Berufsorientierung (in Zusammenarbeit mit den anderen Schulformen).
- Vermittlung und Koordination der Ausbildungsplätze: Jugendliche melden ihr Interesse an einer Berufsausbildung bei der RAP, Betriebe melden die Ausbildungsmöglichkeiten. Die RAP macht den Ausbildungsvertrag, vermittelt und koordiniert die Jugendlichen und die Betriebe. Wenn Betriebe nur für einen Teil der Ausbildung Möglichkeiten haben oder nur zeitlich befristet einen Ausbildungsplatz anbieten können, wird von der RAP ein entsprechendes Ergänzungsangebot organisiert.
- Qualitätssicherung bei der Ausbildung durch regelmäßigen Kontakt zwischen der RAP, den BerufsschülerInnen und den Betrieben.
- Koordination und Troubleshooting bei Schwierigkeiten bis zur Suche eines neuen Ausbildungsplatzes.
- Auch Übernahme der überbetrieblichen Ausbildung möglich.

Zur Übernahme dieser Aufgaben muss die Regionale Ausbildungsplattform wesentlich besser mit Ressourcen ausgestattet werden als es bei den Berufsschulen bisher war.

Bei Einführung der RAP ist der Zusammenschluss von Betrieben zu einem Ausbildungsverbund samt den bürokratischen Anforderungen nicht mehr erforderlich. Dies bedeutet eine wesentliche Erleichterung für die Betriebe, da sie nicht mehr über mehrere Jahre an einen Vertrag gebunden sind und somit auf schwankende und schwer planbare Auftragslagen leichter reagieren können.

3.) Solidarische Finanzierung der Berufsausbildung

Während die Schulausbildung praktisch zu 100% aus Steuermitteln finanziert wird, bezahlen Betriebe derzeit die Ausbildungskosten zum überwiegenden Teil auch unter Berücksichtigung von Förderungen selbst. Wenn zusätzlich die produktiven Leistungen der Lehrlinge berücksichtigt

- 4 -

werden, bleibt die Ausbildung für Unternehmen dennoch ein relativ hoher Kostenfaktor. Auch das ist mit ein Grund dafür, dass immer weniger Betriebe Jugendliche ausbilden.

Die Berufsausbildung sollte deshalb als Aufgabe des öffentlichen Bildungssystems gesehen werden. Sie ist also eine Solidaraufgabe. Deshalb sollten auch die RAPs und die Ausbildungsentschädigungen aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Die Betriebe, die MitarbeiterInnen beschäftigen, leisten dazu einen Beitrag in Form einer Abgabe an einen Ausbildungsfonds.

Die Ausbildungsbetriebe zahlen dafür direkt keine Ausbildungsentschädigung an die Jugendlichen, denn diese erhalten die gestaffelte Entschädigung über den Fonds.

4.) Einheitliche Ausbildungsentschädigung für alle Berufe gestaffelt nach Ausbildungsjahren.

Alle Jugendlichen erhalten in der Berufsausbildung eine einheitliche Ausbildungsentschädigung unabhängig davon, welchen Beruf sie erlernen. Diese sollte nach Ausbildungsjahren gestaffelt werden. Die einheitliche Ausbildungsentschädigung würde außerdem einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten, denn damit wären die klassischen Männer- und Frauenberufe zumindest einmal während der Ausbildungsphase gleich entlohnt. Die damit einhergehende Bewusstseinsbildung könnte eine Veränderung bei den Gehaltsstrukturen nach Abschluss der Ausbildung bewirken.

Die Grüne Wirtschaft stellt daher folgenden Antrag:

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken wird die Wirtschaftskammer Österreich aufgefordert im Sinne der genannten Ziele gemeinsam mit allen für die Lehrlingsausbildung zuständigen Stellen in Österreich ein Konzept zur Modernisierung der Lehrlingsausbildung zu erarbeiten.

Für die Grüne Wirtschaft



Sabine Jungwirth



Hans Arsenovic



Johannes Püller